

oder einige Sachpartei ihre vornehmste Pflicht, die Koalitionsfreiheit, verschächern, sind auch in nationaler Bewegung käuflich und unzuverlässig; mit solchen Leuten darf unsere Bewegung keine Gemeinschaft machen.

Von der Berliner Tagung erhoffen wir, daß sie die Geschlossenheit und das Bewußtsein der Waffenbrüderschaft zwischen christlich-nationalen Gewerkschaften und Berufsverbänden einerseits und den konfessionellen Arbeitervereinen andererseits stärken und daß sie die Sozialreform in kräftiger Weise fördern wird zum Segen für Arbeiter-schaft und Vaterland. (Lebhafte Beifall.)

Nach einem kurzen Kassenbericht des Abg. Schaal beschloß der Kongreß die Entlastung des Ausschusses. Wie bisher sollen die angeschlossenen Verbände 1/2 Pf. per Mitglied als Jahresbeitrag für die Deckung der Unkosten der Kongreßzentrale leisten.

Die Eröffnungsfeier schloß mit dem spontan gesungenen „Deutschland, Deutschland über alles“.

Des Nachmittags beschloß eine Massenversammlung von ungefähr 3000 Personen in den Sälen des Kriegerheims den ersten Verhandlungstag.

Roßtäuscherkniffe.

Unschöne Kritik sind wir bei unseren Sozialdemokraten gewohnt. Ganz besonders den christlichen Gewerkschaften gegenüber. Wir nehmen das als unvermeidlich hin, wissen wir doch, daß diese Männer nicht aus ihrer Haut herauskönnen. Daran ändert auch nichts, wenn sie zeitweilig einen gehörigen Dampf aufgesetzt erhalten. Sie denken, nur frisch draußlos, etwas bleibt doch hängen.

Ein lehrreiches Beispiel hierfür bietet der diesjährige Rechenschaftsbericht der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften. In demselben wird gesagt:

„Es nahmen gegenüber 1905 an Mitgliedern zu die Zentralverbände um 25,6 Proz., die christlichen Gewerkschaften um 20,8 Prozent und die kirchlich-Dünderischen Gewerkschaften um 1,2 Proz. ... Der größere Fortschritt, welchen die Zentralverbände gegenüber den anderen Organisationsgruppen aufweisen, ist aber nicht nur für das Jahr 1906 zu verzeichnen, sondern ist während der ganzen Jahre, für welche sich Vergleichstellen anstellen lassen, vorhanden gewesen. Der Bestand der Organisationsgruppen im Jahre 1906, verglichen mit dem von 1900, zeigt dies deutlich. Es hatten 1900 an Mitgliedern: die Zentralverbände 680 427, die christlichen Gewerkschaften 159 770, die kirchlich-Dünderischen Gewerkschaften 91 661. Es nahmen bis zum Jahre 1906 an Mitgliedern zu: die Zentralverbände um 1 009 282 gleich 148,35 Proz., die christlichen Gewerkschaften um 160 478 gleich 100,44 Proz., und die kirchlich-Dünderischen Gewerkschaften um 26 847 gleich 29,29 Proz. ... Die christlichen Gewerkschaften aber stellen alljährlich in ihrem Bericht Kalkulationen darüber auf, wie die Zukunft dieser Organisationsgruppen sich gestalten wird und warum die „Christlichen“ mit ihren Gewerkschaften nicht die gleichen Erfolge (1) zu verzeichnen haben, wie die Zentralverbände.“

In dem letzten Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften (so bemerkt hierzu das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften) wurde ausgeführt, daß wir uns noch nie der Illusion hingelassen haben, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in ihrer Entwicklung durch unsere Organisationen in nächster Zeit erreicht werden könne. Dafür fehlen noch die äußeren Vorbedingungen (Umfang und Alter der Organisationen, Zahl der Kräfte, Mittel zur Agitation). Dem hält Legien entgegen:

„Wie steht es nun mit diesem Mangel an Kräften in Wahrheit? Die christlichen Gewerkschaften hatten nach ihrer Angabe über 200 Beamte. Wieviel es über 200 sind, veranschlagt der Bericht vorläufiger Weise. Dies zu wissen, würde jedoch für einen Vergleich mit den Zentralverbänden von großer Bedeutung sein. Nehmen wir nur die 200 Beamten der christlichen Gewerkschaften als Grundlage für die Berechnung, so ergibt sich, daß bei 320 248 Mitgliedern auf je 10 000 Mitglieder 8,09 Beamte kommen. Die Zentralverbände haben 1371 Beamte, und zwar 227 bei den Zentralstellen, 54 in den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter, 300 als Gauleiter und 790 in den Zweigvereinen. Von den letzteren sind viele nur zum Teil besoldet, so daß sie eigentlich in die Berechnung nicht einbezogen werden dürfen. Aber nehmen wir die volle Zahl, so kommen bei den 1 689 709 Mitgliedern der Zentralverbände auf je 10 000 Mitglieder 8,1 Beamte. Die „Christlichen“ stehen somit prozentual den Zentralverbänden in bezug auf die Zahl der angestellten Beamten nicht nur gleich, sondern überlegen sie, weil sie „über 200“ Beamte zur Verfügung haben. Und dabei ist zu berücksichtigen, daß die christlichen Gewerkschaften sich hauptsächlich in Rheinland-Preußen konzentrieren, während die Zentralverbände in allen Teilen Deutschlands ihre Mitglieder haben. Der Grund ist also nicht stichhaltig, wie auch der, daß den christlichen Gewerkschaften nicht genügend Mittel zur Agitation zur Verfügung stehen. Die „Christlichen“ veranschlagten 1906 für Agitation 262 787 Mk., das ist pro Kopf der Mitglieder 1,06 Mk. Die Zentralverbände veranschlagten für Agitation 1 820 753, das ist pro Kopf der Mitglieder 1,08 Mk.“

Bezüglich der Leistungen der einzelnen Gewerkschaftsgruppen hat Legien erwidert, daß die christlichen Gewerkschaften „nicht nur in bezug auf die allgemeinen Unterstützungen, sondern selbst bei der Ausgabe für Streiks noch hinter den kirchlich-Dünderischen Gewerkschaften zurückbleiben, wozu pathetisch bemerkt wird: „Um den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuschließen sind die christlichen Gewerkschaften gequält worden, und nun kommen sie in bezug auf Unterstützungen über jämmerliche Leistungen nicht hinaus.“

Betrachten wir also einmal die Legien'sche Berichtsmethode zur Beschaffung des Glanzpunktes der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Bei der Berechnung der Mitgliederzahl werden, wie den „Genossen“ geringere Ziffern servieren zu können, die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände und die außerhalb desselben stehenden gesondert aufgeführt, bei der Berechnung der prozentualen Zunahme dagegen wird der Kongreß beide Gruppen zusammen, zu dem ausschließlichen Zwecke, um nicht für den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine größere prozentuale Zunahme als für die sozialdemokratischen Gewerkschaften feststellen zu müssen. Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände hatten nämlich in 1906 gegenüber dem Schlusse des Jahres 1905 eine Zunahme von 37,7 Prozent, und im Jahresdurchschnitt eine solche von 31,2 Prozent, gegen 25,6 Prozent der sozialdemokratischen Verbände. Durch die getrennte demagogische Methode wurden bekanntlich die christlichen Gewerkschaften mit einer Zunahme von 20,8 Prozent bedacht. Im vorigen Jahre, wo der Zuwachs der Verbände, die dem Gesamtverband bilden, infolge des Uebertritts des bayerischen Eisenbahnerverbandes ein noch größerer war, hatte Legien die prozentuale Zunahme der christlichen Gewerkschaften seinen Geizhals ganz unterschlagen. Man sieht, Legien weiß sich zu helfen. Schulische Fingerringe werden mit der Statistik der letzten sieben Jahre gemacht. 1900 befanden sich bei christlichen Gewerkschaften noch in den Dünderischen; man begann mit der Gründung der Zentralverbände, es existierte noch kein Gesamtverband, es fehlte eine einheitliche Leitung. Die Arbeitervereine, Sozial- und Berufsverbände mußten erst zu Zentralorganisationen mit einigermaßen ansehnlichen Beiträgen

umgewandelt werden. Von einem festen Mitgliederbestand konnte keine Rede sein. Dennoch stellt Legien die nackte Mitgliederzahl der damaligen 68 sozialdemokratischen Verbände, die bei betriebs 10 Jahre bestehenden Generalkommission angeschlossenen waren, ohne Kommentar, den christlichen Gewerkschaften gegenüber, und rechnet dann für letztere während dieser Periode eine Zunahme von 100,44 Prozent, für die sozialdemokratischen Verbände dagegen eine solche von 148,35 Prozent heraus. Bei einem Bureaukraten würde man solche „Arbeits“ mit statistische Etwas-sprüche bezeichnen; danach kann beurteilt werden, wie sie als „Arbeits“statistik zu bewerten ist. Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände weisen trotz der bezeichneten ungünstigen Umstände seit 1900 eine Zunahme von 214,14 Prozent auf. Erlebe Legien kein widerliches Doppelspiel, kann hätte er die letztere Ziffer angeben müssen, da er die außerhalb des Gesamtverbandes stehenden Verbände bei seiner sonstigen Praxis nicht als christliche Gewerkschaften gelten lassen will.

Bei der Verteilung der Beamten wird nach „Christlichen“ „Grundlagen“ verfahren, nämlich auf die Oberflächlichkeit der Mittelwert spekuliert. Andernfalls hätte gesagt werden müssen, daß nach der bloßen Zahl der Mitglieder sich das Tätigkeitsgebiet eines Beamten nicht beurteilen läßt. So zählt beispielsweise halber der sozialdemokratische Metallarbeiterverband bei 335 000 Mitgliedern 230 000 in 31 Verwaltungsstellen; solche große Verwaltungsstellen sind nur möglich in Großstädten und engbegrenzten Industriezentren. Oder will man den Glauben erwecken, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Berlin mit 62 000 Mitgliedern, die zudem teilweise zu Tausenden in einzelnen Betrieben arbeiten, etwa so viel Organisationsarbeit erfordert, als der christliche Metallarbeiterverband, der die Hälfte dieser Mitgliederzahl in über 300 Ortsgruppen des Reiches zerstreut hat? Ein ähnliches Verhältnis trifft bei anderen sozialdemokratischen Verbänden zu, deren Mitgliederzahl sich zur Hälfte in wenigen Großstädten befindet. Nach den Legien'schen Spielereien können auch die oberflächlichen „Ziffernmäßig“ den Nachweis führen, daß die Arbeiterbevölkerung nirgendwo so billig leben kann, als in Deutschland. Mit Zahlen läßt sich zum Schluß alles anfangen.

Dann haben wir manche Ursache, daran zu zweifeln, daß die sozialdemokratischen Verbände nur 131 „ante“ zählen. Zunächst des Kölner Gewerkschaftskongresses wurden in einer Tabelle etwa 700 angegeben. Nach dieser Tabelle hatte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband 138 Beamte. Auf der letzten Generalkonferenz desselben wurden 274 Angestellte angegeben, mithin müßten in zwei Jahren 141 Anstellungen erfolgt sein, woran wohl kaum zu glauben ist. Der sozialdemokratische Maurerverband gab 64 Beamte an; Kenner behaupteten, daß derselbe damals schon über die doppelte Zahl verfügte. Die Buchhalter belieben gar keine Angaben zu machen; der „Korrespondent“ gab später 43 an. Ähnliche mit der Hand zu greifende Zweifel traten bei anderen Verbänden hervor. Demnach scheint die Beamtenstatistik der Generalkommission wenig zuverlässig zu sein. Noch ein weiterer, der sozialdemokratischen Agitation günstiger Umstand, der in der Statistik nicht auffällt, verdient erwähnt zu werden, nämlich: die Anteile der Zahlstellen bzw. der Lokalkassen aus den Beiträgen sind bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften durchweg höher als bei den christlichen Gewerkschaften. Diese Beiträge werden größtenteils zur Agitation verbraucht, worüber aber in der Statistik nichts berichtet wird. Zweifellos erfolgten die Haupttagungsausgaben in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung aus den mehr als 6 Millionen Mark, die den Lokalkassen verblieben. Dagegen verschwinden die 1,8 Millionen, die auf die Zentralkassen entfielen, und worüber Legien Vergleiche anstellte.

Nun zu der Finanzgebarung. Bei einer Einnahme von 41 602 939 Mk. hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine Ausgabe von 36 963 413 Mk., mithin nur einen sehr geringen Ueberreicht. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband vereinnahmt schon seit Jahren so viel, um gerade seine Ausgaben decken zu können, und will nie zu einem vernünftigen Kassenbestand kommen. Ob mit dieser Finanzgebarung den millionenfach fundierten Unternehmungen in der Montanindustrie Respekt beizubringen ist, steht auf einem anderen Blatte. Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände vermehrten ihr Vermögen im letzten Jahre um 1 121 374 Mark. Die „jammervollen Leistungen“ der christlichen Gewerkschaften zeigen, bei Nicht befehlen, folgendes Bild:

	Jahres-einnahme pro Mitglied	Jahresaus-gabe pro Mitglied	Vermehrung des Ver-mögens pro Mitglied
Christliche Gewerkschaften	Mk. 13,67	Mk. 5,25	Mk. 4,58
Soziald.	24,82	13,67	3,35

Auf sozialdemokratischer Seite wurden dieses Jahr auch die Zuschlagsbeiträge in den einzelnen Zahlstellen und die gesonderten Gegenleistungen mit in die Statistik einbezogen; bei der Statistik der christlichen Gewerkschaften ist dieses nur bei einem Verbände geschehen, sonst würden sich deren Einnahmen wohl auch noch um einige Hunderttausend Mark erhöhen. Dadurch, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften nahezu die Hälfte ihrer Mitglieder in wenigen Großstädten wohnen haben, und dort (Berlin, Hamburg, Dresden usw.) bedeutende Lokalkassenschätze angehoben werden, erklärt sich in der Hauptsache die bedeutend höhere Einnahme pro Kopf der Mitglieder. Die Vermehrung des Vermögens ist pro Kopf der Mitglieder in 1906 bei den christlichen Gewerkschaften um 1,18 Mk. höher als bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften, trotzdem die Einnahme pro Kopf der Mitglieder bei den letzteren 10,95 Mk. mehr betrug, als bei den christlichen Gewerkschaften. Die Mehreinnahme von 10,95 Mk. infolge höherer Beiträge und die geringere Vermehrung des Vermögens um 1,18 Mk. ergeben den Betrag von 12,13 Mk. Und wenn man pro Kopf der Mitglieder um 12,13 Mk. mehr vereinnahmt bzw. weniger zurücklegt, dann gehört keine große Kunst dazu, um 8,15 Mk. (so hoch ist der betreffende Betrag) mehr an Unterstützungen auszugeben. Auf welcher Seite dann am liebsten gewirksam wurde, ist uns schwer festzustellen. Im übrigen braucht sich Legien über die nennengeführten Unterstützungen im christlichen Gewerkschaftslager nicht den Kopf zu zerbrechen. Die christlichen Gewerkschaften veranschlagten an Unterstützungen in den Jahren:

Jahr	Insgesamt	Streiks- und Genossenschafts-Unterstützungen	Sonstige Unter-stützungen
1906	1 364 105	853 435	510 670
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1904	211 215	133 302	77 858
1903	202 728	155 030	47 698
1902	128 111	88 628	39 485

Man sieht: nur noch wenige Jahre, und die christlichen Gewerkschaften haben ein gut ausgebildetes Unterstützungsweesen. Schließlich verdient auch noch bemerkt zu werden, daß schamlosere Unternehmer die christlichen Gewerkschaften für jammere hinstellen, als die sozialdemokratischen, Legien dagegen erwidert hat, daß derselbe christlichen Gewerkschaften „selbst bei der Ausgabe für Streiks noch hinter den kirchlich-Dünderischen Gewerkschaften zurückbleiben.“

So wird verhofft, die christlichen Gewerkschaften herabzu-sehen und zu verächtlichen. Wenn auch dabei die Wahrheit zum Vorschein geht, was Legien's „Ehrlichkeit“ dem Feinde gegenüber haben wir nie geübt, dieses sozialdemokratische Rezept ist bekannt. Wohlhabend sind wir geworden, — und so wird es auch in Zukunft bleiben.

Rundschau.

Bezirksrat.

Der Gedanke, die Tarifverträge auf weitere Gebiete auszuweiten, findet auch in Arbeiterkreisen immer mehr Anklang. So beabsichtigt der Verband selbständiger Bildhauer und Gipser Deutschlands, sich Frankfurt a. M. zu diesem Zwecke Verhandlungen anzuknüpfen. Derselbe in Nr. 14 seines Fachorgans vom 15. Oktober folgende lautet: „Wir beabsichtigen, mit der Leitung der Bezirks-gamfaktion Verhandlungen zwecks Errichtung einer Tarifge-schäft und Festsetzung eines einheitlichen Tarif-tarifes, für unser gesamtes Verbandsge-biet, aufzunehmen. Mit Rücksicht hierauf wollen die-jelnen Ortsvereine die Angelegenheit zur Beratung in nächsten Mitgliederversammlung auf die Tagesordnung und uns durch Einsetzung der bestehenden Tarife mit nötigen Zusätzen das geeignete Material zwecks Beratung Sichtung an die Hand zu geben. Insbesondere sind die-jelnen Arbeiter hinsichtlich Arbeitslohn, Arbeitszeit, betriebsärztliche u. s. w. erwünscht.“

Der Gedanke, einen einheitlichen Lohnsatz für das Verbandsgebiet zu regeln, ist eine Aufgabe, die unsererseits nicht als Stützwerke wohl noch nicht ganz selbst ist. Es sind hier die verschiedensten Gründe anzuführen. Wir wollen jedoch den Arbeitgebern nicht vorgreifen. Kann solt werden, daß auch dieser Arbeitgeber-Verband dem Wert der Tarifverträge durchdringen ist. Sollten handlungen aufgenommen werden, so werden auch wir beitragen, etwas Einheitsliches herbeiführen zu helfen, wo-gesetzt, daß es nicht auf Kosten der Gehilfen geschehen

Sicherung der Arbeitsfreiheit.

Im bayerischen Landtag wurde seitens der Zentrumspartei folgender Antrag eingebracht:

„Unternehmern, die sich um Uebernahme von Arbeiter-Rechnung des Staates bewerben, solche nur dann zu über-lassen, wenn sie durch Vertrag die Verpflichtung übernehmen, Arbeiter gegen jede Gewaltmaßregel durch Witualbeiter, besonders gegen Zwangsarbeit, zu schützen. Für den Fall der Nichtbeachtung dieser Verpflichtung hat sich der Staat Recht zu wahren, die in Frage kommenden Arbeiter-Kosten des betreffenden Unternehmers von anderen zu ausführen zu lassen.“

Dieser Antrag ist die Folge des Terrorismus, ausgeüb-ten Mitgliedern der sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände u. s. w. unsere Kollegen auf den königlichen Bauten in München. Vorgänge sind bekannt. Obwohl man nun die Tendenz Antrages billigen kann, so ist es immerhin wohl kaum ver-worlich, den Unternehmer für etwas billiger zu lassen, er nichts kann, er letzten Endes darauf auch nicht den ent-deckten Einfluß besitzt. Denn er kann die sozialdemokrati-schen Arbeiter doch nicht zur Arbeit zwingen, wenn sie das Zusam-arbeiten mit den christlich organisierten verweigern. Er müßte ihn auch die Garantie für anderweitigen Erfolg gel-ten. Wir können uns daher aus Gerechtigkeitsgründen mit dem letzten Wap des Antrages befremden. Allenfalls in die Arbeitsverträge der Passus eingefügt werden, der Unternehmer dafür einzutreten hat, daß Maßregeln nicht vorzunehmen sollen. Als den besten Schutz sehen wir Selbsthilfe an; die christlichen Bauhandwerker Münchens m-energiech aus Wert geben, ihre Genossenschaftslegen her-ziehen, und sich damit Respekt zu verschaffen verhalten (reulicherweise macht ja auch unsere Organisation in Mün-chen Fortschritte, und werden wir mit der Zeit dem Terrorismus „roten Freiheitsheben“ schon zu begegnen wissen.

Die Streiklausel in der deutschen Textilindustrie.

Seit dem Ausbruch der Weber in Krimmitschau ist in Kreisen der Textilfabrikanten eifrig die Frage erörtert wor-den, wie sich die Fabrikanten und ihre Abnehmer gegen Streiks-ähnliche Betriebsstörungen schützen können. Nach längeren Verhandlungen zwischen Vertretern der Fabrikanten und der ge-konfessionellen Firmen ist jetzt ein Vertrag zustande gekommen, in dem hinsichtlich der Lieferung bei Streiks und Aussperrun-ge eine genaue Regelung erreicht wird. Als Hauptgrundlage ist festgelegt, daß bei einem ausbrechenden Arbeitskampf so-bald die Lieferung als auch die Verpflichtung zur Warenabnah-me so lange hinausgeschoben wird, wie dieser Arbeitskampf dauert. Auch Streiks und Ausperrungen in dritten Betri-eben können auf beiden Seiten eine Aussetzung der Verpflichtun-gen zur Folge haben. Nach einer gewissen Frist, die, wenn besonderen Abmachungen bestehen, in drei Wochen eintritt, der Abnehmer vom Vertrag zurücktreten, er braucht also die-ber Vertragsunterbrechung in Auftrag gegebenen Waren mehr abzunehmen. Differenzen aus diesen Abmachungen f-unter Ausschluß des Rechtsweges durch ein zu gleiches Tausch Fabrikanten und Abnehmer zusammengesetztes Sch-gericht entschieden werden. Erhält dieser Vertrag in der W-eine festere Gestalt, so wird kaum daran zu zweifeln sein, auch in anderen Industriezweigen solche Streiklauseln eingeführt werden.

Daraus ist klar ersichtlich, wie das Großkapital bestreb- seine natürliche Macht durch die des Zusammenschlusses gegenfeitiger Garantieverträge noch mehr zu vergrößern.

Ueber die Eigenart der Werbearbeit.

Der Mitglieder des „freien“ (sozialdemokratischen) Buchbr-Verbandes gegenüber den Mitgliedern des Gutenberg-Bun-dervereins deutscher Buchdrucker (dem Gesamtverband der ch-ristlichen Gewerkschaften angeschlossenen), wissen die Mitglieder letz-ter Organisation ein Lied zu singen. Zwar ist der Gutenberg-B-Verband tarifant grundsätzlich als gleichberechtigte Organisa-tion bereits anerkannt, das hindert aber nicht, daß man gelegent-lich gegen ihn die üblichen Mittel anwendet, um dessen Mitgl-iedern in den Verband hineinzuzwingen. So wird uns aus M-ünchener Bericht: „Nurlich trat bei der Firma K. Friedrichs u. Co. in Eberfeld (wo der städtische „Lag. L-hergestellt wird) ein Gutenbergbündler (christliche Buchdr-cker-Organisation) in Konstantin als Schriftföher. Von den arbeitenden Verbandsmitgliedern wurde er sofort gefragt, ob er Verbandsmitglied sei, was er bejahte und zugleich bet-onte, daß er es niemals werden würde.“ Es wurde ihm aufgege-ben, sich bis zum Nachmittage zu entscheiden, sonst würden an-Maßregeln getroffen. Als der Gutenbergbündler nachmit-tags bei seiner Weigerung beharrte, wurde der Vertrauensmann „Freien“ vorstellig und forderte Entlassung desselben. W-ährend der Kaffeepause legte ihm ein Faktor nahe, doch in den hand einzutreten. Er aber erklärte, daß er dem Gutenberg-B-angehöre. „Warum haben Sie das nicht gesagt?“ „Wei-nicht darnach gefragt wurde.“ — Um 7 Uhr abends w-urde ihm vom Faktor gesagt, er möge um des Friedens w-illens hier aufhören. Der Bündler erwiderte, das sei Sache Faktors, darüber zu befinden, ihn gemiere das zufällige nehmen der Verbandsmitglieder nicht und wenn sie es noch t-reiben würden. Er erwiderte um eine Bezeichnung, worin d-Entlassungsgrund angegeben sei; aber dem wurde nicht

proben, das sei überflüssig und — der Mann war entlassen. Da ist wohl die Frage am Platze, ob die Geschäftsleitung mit diesem Einverständnis war, oder ob der Herr Faktor eigenmächtig gehandelt hat. Zu bemerken ist noch, daß den Verbänden jede gesetzliche Unterlage zu solchem Handeln fehlte, da der Organisationszwangsparagraph des Organisationsvertrages erst mit dem 1. Januar 1909 in Kraft tritt und bis dahin es dem Prinzipal freisteht, einzustellen, wen er will. — Also wer sich nicht auf den „freien“ Verband hineinzwängen läßt, hat kein Anrecht auf Arbeit, das ist durch diese Handlungsweise der Freiheitshelden gekennzeichnet.“

Besuch kranker Soldaten.

Im kommenden Militärjahr werden gemäß einer Anregung des Reichstags Mittel bereitgestellt werden, die bedürftigen Eltern die Möglichkeit gewähren, zum Besuch eines bei der Gruppe schwer erkrankten Sohnes in den Garnisonort desselben zu reisen. Die Reisevergütung wird auch gezahlt, wenn die Reise zur Teilnahme an der Beerdigung des verstorbenen Sohnes ausgeführt wird.

Eine Ausperrung von 600 christlich-organisierten Schuhmachern

steht in Hauenstein (Rheinpfalz) unmittelbar bevor. Dasselbst haben die im christlichen Sebedarbeiter-Verbande organisierten Kollegen, die gewiß mehr als berechtigte Forderung, Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, an die ihrem Schuhfabrikanten gestellt. Die Antwort der letzteren war, falls bis zum 11. Oktober die Forderungen nicht zurückgezogen, würde am 12. Oktober die Kündigung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgen, was auch, da die Arbeiter auf ihre Forderung beharrten, geschehen ist. Falls also bis zum 26. Oktober eine Einigung nicht erzielt, werden etwa 700 Personen ausgesperrt. In der Stellung der Hauensteiner Schuhfabrikanten spiegelt sich jene soziale Rückständigkeit wider, die man so oft, namentlich in ländlichen Gegenden, beobachten konnte. Da wird nicht geprüft, ob die Forderungen auch berechtigt, sondern sofort mit der Geißel der Entlassung bedroht. Das ist die soviel gepriesene Arbeiterfreundlichkeit. Total unverständlich ist die Maßnahme der Fabrikanten auch gegenüber der Tatsache, daß von der Gesamtarbeiterzahl gut zwei Drittel in der Umgegend wohnen, und zwar ohne jegliche Wohnverbindung. Selbstverständlich müssen die Arbeiter schon um 1/4 Uhr sich auf den Weg begeben und kommen abends um 9-9 1/2 Uhr nach Hause. Wer das alles schert die Hauensteiner Fabrikanten nicht. Und so werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach eines Besseren belehrt werden müssen.

Der Polier als Betriebsleiter.

Die Frage, ob der Polier auf den Bauten als Angestellter oder als selbständiger Betriebsleiter fungiert, war Gegenstand eingehender Beratungen in der Generalversammlung der Bau-Zunft. Architekt Gestrich nahm Bezug auf eine kürzlich erfolgte Kammergerichtsentscheidung, durch die ein Polier, dem nur vier bis fünf Arbeiter unterstellt waren, und der als Vorarbeiter eingestellt war, als selbständiger Betriebsleiter angesehen und die verlängerte Kündigungsfrist zugestimmt worden ist. Es wurde zum Schluß der Versammlung erwidert, bei den Verträgen mit den Polieren die größtmögliche Rücksicht zu beobachten, um sich vor Sgaden zu hüten. Man solle ausdrücklich dokumentieren, daß der Polier nicht als Betriebsleiter angesehen werden kann, sondern als Vorarbeiter, die allgemein übliche Kündigungsfrist von 14 Tagen zu beanstanden hat. In anderem Falle solle durch freiwillige Vereinbarung eine einmonatliche Kündigungsfrist zum Schluß des Kalendermonats eingeführt werden. Das zeugt gerade nicht von besonderer Rücksicht für die Poliere. Die Verantwortung derselben ist doch nicht gering und nimmt immer mehr zu. Anders ist allerdings das Verhältnis bei Lohnbewegungen. Da sind die Dienste der Poliere hochwillkommen.

Ein grauenhaftes Verbrechen

begingen in Münsterlande Baden die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Frank und Kolb. Sie erlaubten sich nämlich an dem Begräbnis des allseitig geachteten und geachteten Großherzogs teilzunehmen. Jeder andere würde in dieser Teilnahme einen lebenswerten Akt menschlicher Humanität erblickt haben. Vor der mächtigen Majestät des Todes schweigt alles, und es kann nur denjenigen ehren, der in seinem Angesicht alle persönlichen Gegensätze und abweichenden Meinungen vergißt. Anders bei den Führern, den Unentwegten, unserer Sozialdemokratie. Frank und Kolb kommen auf den Scheiterhaufen; das ist ja geradezu unerhört, ein derartiger Verrat der sozialdemokratischen Prinzipien. Gegen die beiden wurde ein Preßfeldzug eröffnet, der in seiner Wirkung auch den Unbeteiligten außer der Verminderung ein bedenkliches Kopfschütteln verursacht. Sind diese Menschen noch gescheit, so fragt man sich, oder steht die Sozialdemokratie auf beratt schwachen Füßen, daß schon die Teilnahme an dem Begräbnis eines toten Fürsten, eines gewesenen Vertreters der Bourgeoisie, sie zum Zusammenbruch führen muß? Man ist versucht letzteres anzunehmen, und erstere Ansicht ganz auszuschließen. Ja, ja! Unsere Sozialdemokratie ist kleinlich geworden. Und das von ihr geübte System reicht bald an die so oft von ihr zitierte mittelalterliche Inquisition nahe heran. Denn, wie die „Mannheimer Volksstimme“ mitteilt, wird die Affäre nächstens die Parteiführungen beschäftigen. Ein Schauspiel für Götter. Unterdessen haben sich die roten Redaktoren in ihren Organen, daß es nur so eine Art hat. Es geht hinüber und herüber. Die „Meinische Zeitung“ bemerkt:

„In norddeutschen Staaten wäre eine solche Beteiligung (d. h. die Teilnahme an dem Begräbnis eines Fürsten), selbstverständlich unmöglich. In unserem Frankfurter Parteiblatt stimmen wir völlig überein in der Beurteilung der maßlosen Aufschaukelung des Vorganges durch einige norddeutsche Parteiblätter, in deren Redaktionen offenbar so viel Arbeitsmangel herrscht, daß sie aus purer Langeweile wieder irgend einen Parteistank aufziehen.“

Dazu bemerkt der „Vorwärts“ in moralischer Enttötung: „Und solch ein Blatt das die bis jetzt fastlich geführte Polemik geradezu vergiftet durch seine nebrige Verbächtigung der großen Mehrheit der Parteipresse, beschwert sich über Aufschaukelung und Parteistank!“

Auch die rote Dichtkunst hat sich des Falles bemächtigt. Das „Hamburger Echo“ veröffentlicht ein in Hohn getauchtes Gedicht auf die Rhylander von Frank und Kolb; der „Vorwärts“ heelt, daselbst auch seinen getreuen Lesern zu unterbreiten. Nun sage noch einer, das seien keine Männer mit großen Gesichtspunkten, und nicht geeignet, die Menschheit zu höheren Gefühlen und zu höheren Höhen, wo die Stimme menschlicher Lebenskraft ertönen, emporzuführen. Man sieht: Bei Kolb und Frank ist's ein; aber berbe.

Die Extreme berühren sich.

Wiederholt wurde der Nachweis geliefert, daß die Facharbeiter die indirekten Förderer der Sozialdemokratie sind, und daß sie eigentlich nur als Vorfrucht derselben betrachtet werden können.

Wissen tut man es eigentlich schon lang, aber die leitenden Persönlichkeiten wollen es eben nicht einsehen, denn mit Aufgabe ihrer verantwortl. Taktik müßten sie sich prinzipiell, wenn sie sich noch zu christlichen Gewerkschaften rechnen, den christlichen Verbänden anschließen. Damit müßten allerdings viel Sonderinteressen preisgegeben werden, und mit der Schlußfolgerung des Dr. Fleischer und Genossen hätte es ein Ende. Vor einigen Wochen wurde an einen Maschinist in Mülders (Schlesien) Agitationsmaterial zugewandt mit der Bitte, für die Entwicklung unseres Verbandes tätig zu sein. Nach kurzer Zeit kam das Material unter Beilage eines Briefes zurück, lautend:

„An den Zentralvorstand der christlichen Keramarbeiter! Unbel erhalten Sie das mir zugewandte Material zurück, da ich nicht Zeit und Lust habe, mich damit zu beschäftigen, und die zwei anderen Kollegen, welche auch schon den Eintritt bezahlt haben, nicht weiter bezahlen wollen. Dieses „Christliche“ kommt uns schon allen zum Hals raus. Es besteht hier schon viele Jahre eine Fach. Fachabteilung mit dem Herrn Pfarrer an der Spitze, aber von einer Besserung keine Spur, im Gegenteil, wird's stroheifriger gepflegt. Christentum immer schlechter. Wir werden uns deshalb im Maschinistverband organisieren, was das einzig richtige ist, und in keinen zweifelhaften Verein eintreten.“

Die Extreme berühren sich. Die Facharbeiter kommen vom dem Stadium übertriebener Harmonie auf den Klassenkampfstandpunkt. Die irreführten Arbeiter sehen ein, daß eine Organisation, welche auf das Mittel verzichtet, den Unternehmer unter Umständen zu zwingen, bessere Existenzbedingungen zu gewähren, gar nicht imstande ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Dasselbe muß sich notwendigerweise verschlechtern, da sich die Unternehmer bewußt sind, daß eine solche Scheingewerkschaft ihnen niemals schädlich werden kann. Wenn infolgedessen den Arbeitern sich die Anschauung aufbrängt, die Religion und das Christentum stehe im Dienste der bestehenden Klassen und verhindere jede Besserstellung der Arbeiter, so ist dies zu verstehen, wenngleich die Ansicht falsch ist. Sie schließen dies daraus, weil der Geistliche an der Spitze der Organisation (Facharbeiter) steht, durch welche die Verbesserungsbestrebungen der Arbeiter auf ein totes Geleise gelenkt wird. Deshalb werden sie irre an ihrer Religion, an den christlichen Grundsätzen, und schließen sich den Feinden der Religion und des Vaterlandes an. Darin kommt die Wut und die Rache der Enttäuschten zum Ausdruck. Ob es nach den vielen Beweisen von der falschen und schädlichen Gewerkschaftstaktik, in den Köpfen der leitenden Fachabteilungsleute nicht doch bald helle wird und sie einsehen, daß sie nur das Gegenteil erreichen von dem, was sie wollen und sie nur den Boden düngen, auf dem der sozialdemokratische Weizen gedeiht. Wenn nicht der Haß gegen die christlichen Gewerkschaften blind machte, dann müßten ihnen schon längst die Augen aufgehen.

Die christliche Organisation als Vorfrucht!

Der Sozialdemokratie ist Heil widerfahren. In Langenalkheim haben sie nämlich von den dort beschäftigten 250 Lithographiesteinarbeitern etwa sechs Mann gewonnen. Diesen Bombenerfolg verkündete die sozialdemokratische Presse der staunenden Mittel. Allen voran die „Münchener Post“. Ihr folgten der „Vorwärts“, die Blätter in Rheinland und Westfalen, in Elßaß-Lothringen und wer weiß noch wo sonst. Die Armees des alles niederringenden Sozialismus ist um weitere sechs Mann verstärkt, der Zukunftsstaat um ein Jahrtausend näher gerückt, eine starke Feste der christlichen Gewerkschaften ist gestürmt. „Jubelnd sei's der Welt verkündet“, der Sozialismus geht überall siegreich vor. Das ist die Partei, die ständig auf ihre Stärke pocht, und bei sechs neugewonnenen Mitgliedern ein solches Gegedär anhebt. Das in Langenalkheim gelegte Ei ist des Geadärs nicht wert gewesen. Die dort gewonnenen Mitglieder kann man dem Sozialismus gönnen, denn es gibt Leute, die in enger Organisation christlicher Männer nicht Raum haben. Sechs Mann hat der Sozialismus gewonnen und 14 neue Mitglieder hat der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband gewonnen. Wer die sozialdemokratische Presse schweigt im Siegesgefühl. Wir gönnen ihr diese Genußnahme. Die christliche Zahlstelle zählt 205 Mitglieder, und denen stehen sechs Sozialdemokraten gegenüber. Trotzdem Siegesjubel der Genossen.

Ein Heim auf Hirsch-Dundersche Neutralität.

Wir hatten schon oft Gelegenheit, die Auffassung über politische Neutralität von Hirsch-Dunderschen Führern bewundern zu können. Fast regelmäßig mußten wir uns fragen, hat er's gesagt, oder hat er's nicht gesagt, nämlich, sind die H.-D. liberal, oder sind sie nicht liberal. Einen neuen Beleg für diese unsere Auffassung lieferte der allererste Vorsitzende der H.-D., Herr Goldschmidt, in einer Versammlung der Fortschrittspartei in Frankfurt a. M. Thema war: „Was kann das Bürgertum zur Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung tun?“ Er teilte nach der „Frankfurter Zeitung“ die deutsche Arbeiterbewegung in drei Richtungen: „konservativ-antisemitisch-ultramontan“, „liberal“ und „sozialdemokratisch“. Welche Richtung soll nun das „Bürgertum“ (es müßte doch eigentlich heißen das liberale Bürgertum, denn wir haben doch auch, um mit Goldschmidt zu reden, ein „konservativ-antisemitisch-ultramontanes“ Bürgertum) unterstützen? Man höre:

„Das Bürgertum soll diejenige Organisation unterstützen, die, ohne als solche politisch tätig zu sein, liberalen Ideen huldt, also die Gewerkschaften (H.-D.), deren Mitglieder als Einzelpersonen sich den liberalen Parteien anschließen sollen.“

Also die Gewerkschaften sind nicht politisch tätig, d. h. sie sind neutral, sie huldigen trotzdem liberalen Ideen, und ihre Mitglieder sollen sich den liberalen Parteien anschließen. Das nennt man Klarheit; schlimmer kann die Neutralität doch nicht totgeschlagen werden. Einen anderen Vorwurf machen wir auch der Sozialdemokratie nicht. Das mit der „konservativ-antisemitisch-ultramontanen“ Richtung wollen wir Herr Goldschmidt schenken. Er erinnerte sich, daß er sich in dem Bereich der jüdisch-demokratischen „Frankfurter Zeitung“ befand. Das Betteln um die Gunst des Bürgertums wird für die H.-D. auch wenig erfolgreich sein. Ein im Sterben liegender Greis ist nicht wieder jung zu machen; man kann ihm höchstens durch künstliche Aufpöpelung das Leben um ein paar Jahre verlängern.

Gedäpfel anstatt des Koalitionsrechts.

Die Förderer der gelben Gewerkschaften kommen auf allerhand Ideen, um, da die Arbeiter nicht so mit nichts die nichts auf den Leim gehen wollen, diese durch irgend ein Lokmittel zu fangen. So prangte in einer Bayreuther Spinnerei ein Ullas am schwarzen Brett, der besagte: Wer dem gelben Verein beitrifft, bekommt Kartoffelgeld. Die Verhetzungen erhielten denn auch 10 Mark, die Ledigen 5 Mark. Ihr Koalitionsrecht war natürlich stören. Noch schöner und verlockender für den gelben Verein machte es das St. Ingberter Eisenwerk. Auch da mußten die Kartoffeln den Räder abgeben. „Die Abgabe der Kartoffeln“, so heißt es in dem Anschlag, „erfolgt zum Selbstkostenpreis für die nicht der christlichen Ge-

werkschaft angehörenden Mitglieder.“ Die besondere Betonung der Abgabe zum Selbstkostenpreis läßt vermuten, daß man bis jetzt noch ein Geschäftchen dabei macht. Wenn diese Begünstigung auch nur den „Lieben“ und „Braven“ gewährt werden soll, so brauchen sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaft nicht zu kränken. Sie haben sich als charakterlose Männer gezeigt, und das ehrt mehr, als Karoffeln um das Koalitionsrecht einzukaufen. Im übrigen ist es bezeichnend für eine Sache und für Leute, die sich solcher Mittel bedienen müssen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugung fernhalten: Berlin, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Kreuzwitz, Maurer, Weissenburg i. G., Aussperung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Landeslust (Maurer), Paganan (Maurer), Gberfeld (Biesenleger), Sperre über die Firma Krummenhüller, Varmen-Mittershausen, Vochum (Sperre über Wingenfeld), Essen a. d. Ruhr (Stullatene, Sperre über Zwischenmeister Helmerich und Heineman und Kläs), Greifeld, Aussperung der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, Säckingen und Murg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter). Gesperret ist das Baugeschäft Herrmann in Bischoffsleib, Döhr.

Bezirk Südbayern.

Laingen. Das Gute bricht sich Bahn, so auch bei den hiesigen Zimmerern. Durch die Erfolge unseres Verbandes bei den Maurern und Bauhilfsarbeitern angeeizert, kamen auch sie zur Organisation. Der Hauptstoß hierzu ist darin zu suchen, weil seit der Lohnbewegung der Maurer und Bauhilfsarbeiter der Lohn der Zimmerer um 5-7 Prozent pro Stunde niedriger stand als der der Maurer. Um hier eine Parallele herzustellen, wozu die jetzige Konjunktur günstig erschien, wurden Mitte September an die hiesigen Zimmermeister Forderungen eingereicht. Die hierbei gepflogenen Verhandlungen führten bei Zimmermeister Steine zu einem bis 31. März 1909 lautenden Tarifvertrag, während mit dem Zimmerergeschäft Schweinhuber eine Einigung nicht erzielt wurde. Von einer weiteren Durchführung unserer Forderung mußte aber hier Abstand genommen werden, weil kaum die Hälfte organisiert ist. In dem oben erwähnten Tarifvertrag wurde der Minimallohn für Zimmerer auf 36 Pfg., ab 1. April 1908 auf 38 Pfg. pro Stunde festgelegt. Die Arbeitszeit ist während der Sommermonate eine 10stündige. Für Ueberstunden werden 25 Prozent, für Nacharbeit 50 Prozent, für Sonntag- und gesetzliche Feiertagsarbeit 100 Prozent Lohnzuschlag bezahlt. Bei Wasser-, Brücken- und Brunnen-Arbeiten sind 25 Prozent Zuschlag, bei Turmarbeiten über 20 Meter Höhe 5 Pfg. Zuschlag pro Stunde zu gewähren. Bei Ueberland-Arbeiten werden täglich 70 Pfg. bis 1 Mk. Zuschlag, und wenn Uebernachten notwendig ist, nicht unter 1,50 Mk. pro Tag Zuschlag bezahlt. Dies ist in Anbetracht der jungen Organisation ein schöner Erfolg. Erhält doch durch den getätigten Abschluß ein Zimmerer eine tägliche Lohnsteigerung von 60 bis 70 Pfg. — Hoffentlich kommen durch diesen sichtlich zugunsten liegenden Vorteil auch noch die wenigen außerhalb unserer Organisation stehenden Zimmerer zur Einsicht und machen sich die geschaffenen Vorteile zum Nutzen.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Achtung! Berlin.

In den „Freien Fortbildungskursen für Arbeiter“, veranstaltet von der Bildungschaft der königlichen Technischen Hochschule, werden ältere Arbeiter und Arbeiterinnen, denen es nicht möglich ist, Fortbildungskursen zu besuchen, von Studenten der Technischen Hochschule unterrichtet. Lehrgegenstände sind: Deutsch (4 Stufen), Rechnen (3 Stufen), Algebra, Geometrie, Geographie, Zeichnen (Geometr. Zeichnen, Freihandzeichnen, Bauzeichnen, Maschinzeichnen). Jeder Kursus (wöchentlich 2 Stunden) das ganze Semester hindurch 0,50 Mk. Dauer des Unterrichts: 28. Oktober 1907 bis 18. März 1908. Programm, Auskunft und Anmeldung bei cand. ing. W. Reinhardt, Pestalozzistraße 11, IV, links, und Ingenieur H. Kaufmann, Königenstraße 10, I, links, sowie am 26. Oktober, abends 8 1/2-9 1/2 Uhr, in der Gemeindefschule III, Schloßstraße 2, Charlottenburg.

Rebeler. Der Kollege Schwarz wurde von der Verleitung des versuchten Mordes auf Antrag der Staatsanwaltschaft freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Nachdrucker.

Woholt, 13. Oktober. Unsere diesjährige außerordentliche Generalversammlung war von sämtlichen Kollegen von Woholt und Rehbe besucht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Vorstandswahl, wurde als Vorsitzender Koll. Reinders einstimmig wiedergewählt; als Schriftführer wurde Kollege Gerner und zum Kassierer Kollege Weiger gewählt; zu Kassierreferenten die Koll. Scheffer und Weitamp. Kollege Reinders dankte für das Vertrauen, welches ihm und dem gesamten Vorstand zuteil wurde und ermahnte die neuen Vorstandsmitglieder, auch in diesem Jahre voll und ganz ihrer Pflicht nachzukommen. Er warf sodann einen Rückblick auf das vergangene Jahr; dank der Organisation haben wir eine bedeutende Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt. Eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde und eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit, ohne die Nebenpunkte, wie für Turm- und Kaminarbeiten ein Stundenlohn von 70 Pfg. wurde auf gutlichem Wege erreicht. Auch in dem Nachbarort Rehbe kam es zum Tarifabschluß, welcher dem Woholter Tarif gleichsteht. Denken wir zurück an die Jahre 1903 und 1904, so war hier noch ein Stundenlohn von 32 bis 35 Pfg. üblich, für Turm- und Kaminarbeiten wurde nichts vergütet. Heute steht der Lohn auf 47 Pfg.; wir können daher sagen, wir haben Fortschritte gemacht, wie nur wenige zu verzeichnen sind. Darum auch ein trenes Festhalten an der Organisation, damit wir auch wie bisher sagen können, wir sind hier am Ort bis auf den letzten Mann organisiert. Nur durch eine straffe Organisation ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen. Möglich wurde das alles durch den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Maurer.

Landau. (Erklärung.) Ich Unterzeichneter nehme die beleidigenden Äußerungen, die ich gegen Ludwig Nagelbinger, Vorsitzender der Verwaltungsstelle Landau mit Umgebung des christlichen Bauhandwerkerverbandes, gemacht habe, als unmaßvollig zurück und zahle die bis jetzt entstandenen Unkosten.

Martin Moller.

Gesentkränken. Der Schreibbrief des hiesigen Beamten des sozialdemokratischen Maurerverbandes, welcher durch die „H.-D. Arbeitgeberzeitung“ bekannt wurde, bietet einen interessanten Einblick in die Seelenverfassung unserer hier domizierenden Genossen. Zunächst eine Aufführung! Schon im vor. Jahre bemühten sich die Genossen in Buer um eine gemeinschaftliche Sitzung. Da wir die Notwendigkeit einer solchen nicht einsehen konnten, benutzten das die Genossen, um uns der Feindschaft zu bezichtigen. Das wurde auch auf andere Dinge ausgedehnt. Um dem den Boden zu entziehen, gingen wir auf die Sitzung ein, in welcher beschloffen wurde, zur Ver-

Leitung der Unorganisierten eine gemeinschaftliche Hausagitation vorzunehmen. Die gemeinschaftliche Versammlung machten wir von der Zustimmung unseres Bezirksleiters abhängig. Nach der Hausagitation schienen die Genossen jedoch den Schnupfen bekommen zu haben, denn sie gingen dabei leer aus. In dieser Aktion, deren Veranstalter die Rueter roten Maurer waren, erblickt nun der Genosse Humold eine schreckliche Gefahr für den roten Maurerverband. Um Gottes willen, nur nicht mit den Christlichen häufig verkehren, oder gar tolerant gegen sie sein, diese Geschäfte könnte sich eines Tages bitter an uns (dem roten Verband) rächen. Die Mitglieder könnten dadurch die Meinung gewinnen, als sei ein Unterschied zwischen dem roten Maurerverband und den Christlichen überhaupt nicht vorhanden. Schämt dieser Humold aber seine eigenen Kollegen niedrig ein; ein größeres Armutzeugnis ist gewiß nicht denkbar. Dagegen empfiehlt er: „Mit diesen Elementen (d. h. den Christlichen) nur in ganz bestimmten Punkten zusammenzugehen, wo es eine gewisse (111) Taktik gebietet.“ Für dieses Geständnis sind wir Herrn Humold außerordentlich dankbar. Wir entnehmen daraus, daß er (Humold) nur dann mit uns zu gehen gedenkt, wenn er der Überzeugung ist, uns übers Ohr hauen zu können. Dem entspricht auch der Satz: Wir müssen die Christlichen bekämpfen, wo immer dies Erfolg verspricht. Da scheint sich ja die Quelle aufzutun, wo der Ursprung des Terrorismus zu suchen ist. Alle Ablenkungs- oder Beschönigungsversuche können hier wenig Anlang finden. Wir nehmen daher für die Zukunft an, daß die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften die Urheber der Unterdrückung Anderer sind. Angesichts der Situation, in welcher wir uns befinden, ist das Dokument des Genossen Humold doppelt wertvoll. Wir stehen bekanntlich vor der Tarifrevision. Anstatt daß nun von sozialdemokratischer Seite die schon tief genug gehenden Gegensätze nicht noch weiter verschärft würden, sehen wir hier in eine Kloake, die für die kommenden Kämpfe von schwerwiegender Bedeutung ist. Von schwerwiegender Bedeutung deshalb, weil das Arbeiterinteresse darunter leiden muß. Wir werden ein scharfes Auge auf alle Vorgänge haben. So also sieht die Kulturarbeit und die Überzeugungstreue der Genossen aus. Sie haben es herrlich weit gebracht. Angesichts dessen können unsere Kollegen die Aufgaben erkennen, die uns in der Zukunft bevorstehen. Wahre Überzeugungstreue und Einigkeit, das sind die Mittel, um den roten Ansturm erfolgreich zurückzuschlagen. Im übrigen sind wir gespannt darauf, wann Genosse Humold mit uns abrechnen gedenkt. Er soll nur loslegen, wir sind gewappnet; es könnte ihm aber schlecht bekommen.

Danzig. (Sozialdemokratische Agitationsweise.) Da die Bautätigkeit in Poppot nach dem Lohnkampfe noch nicht so flott vorangeht, so arbeiten eine große Zahl christlich-organisierter Maurer und Zimmerer in Danzig und Langfuhr, und zwar auf Bauplätzen, welche bisher nur von sozialdemokratischen Organisierten besetzt waren. Nun hat der christliche Verband den sozialdemokratischen beim Vertragsabschluss in Poppot als „gleichberechtigt“ anerkannt, obgleich er nur eine kleine Zahl von Mitgliedern dort hat. Unsere Kollegen hoffen nun, daß dies auch anerkannt würde, und sie allerorts ihr Brot verdienen könnten. Darin sollten sie sich sehr täuschen. Durch allerlei Schikanen versuchte man, sie zum Uebertritt in den sozialdemokratischen Verband zu zwingen. Daß ja schließlich von den Mitgliedern der roten Verbände nichts anderes zu erwarten ist, wenn ihre Führer mit schlechtem Beispiel vorangehen, ist begreiflich. Welche unsaubere Agitationsweise betreibt z. B. der sozialdemokratische Dolmetscher der Zimmerer, Genosse Meel in Danzig; derselbe scheint sich nicht, die christlich-organisierten Zimmerer auf sein Bureau zu bestellen, um sie dadurch, daß er ihnen Arbeit verspricht, zum Uebertritt zu zwingen. Weigern sich dann diese, so wird unser christlicher Bauhandwerker-Verband als nur ein „Maurer- und Arbeiterverband“ hingestellt, zieht dieses Mittel nicht, dann zeigt derselbe eine Anzahl Namen von den besten unserer Mitglieder und sagt: Sieh einmal, die sind auch schon bei uns, bloß du willst nicht? Seine Mitglieder folgen dann dem Beispiel des „Meisters“. Der christlich-organisierte Zimmerer Kowalski, gleichzeitig Vorsitzender der Zimmerer in Poppot, arbeitete auf dem Neubau des Herrn Körner in Danzig unter lauter Genossen. Acht Tage lang wurde er von den roten Verbänden gequält, dem sozialdemokratischen Verbände beizutreten. Als alle Beteuerungsversuche an seiner Standhaftigkeit scheiterten, gaben ihm die Genossen bis Sonnabend, den 28. September, Frist; wenn er bis dahin nicht übergetreten sei, wurde ihm erklärt, wollten sie (die Genossen) nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten. Durch einen Zufall erhielt Herr Baumeister Körner Kenntnis von dem Vorhaben, und wurden dadurch die tapferen Kämpfer für „Freiheit“ an ihrer edlen Tat gehindert. Beim gleichen Unternehmer sängen am 24. September die christlich organisierten Zimmerer Motke aus Oliva und Lubowski aus Poppot zu arbeiten an. Auch diese wurden sofort aufgefordert, dem sozialdemokratischen Verbände beizutreten; sie erklärten: wir sind im christlichen Verbände organisiert und in diesem bleiben wir auch. Da die Genossen die Fruchtlosigkeit ihres Vorhabens auf diesem Gebiete einsahen, wendeten sie Gewalt an. Als am Montag, den 30. September, Herr Körner verzeigte, stellten sie die beiden christlichen Zimmerer vor die Alternative: „Entweder ihr zahlt nun Geld und tretet über, oder wir arbeiten nicht mehr mit euch.“ Die Christlichen gingen an ihre Arbeit und wörteten sich an nichts. Die Genossen blieben in der Baubude sitzen, und mußte der Polizei die beiden Christlichen entlassen. Sie ließen sich vorher vom Polizei beschreiben, daß ihre Entlassung nur deshalb erfolgte, weil die Genossen nicht mit ihnen zusammenarbeiten wollten. Ein weiterer Fall ereignete sich am Montag, den 7. Oktober, auf dem Neubau des Land- und Amtsgerichts. Auf diesem Bau arbeitete eine ganze Anzahl christlich organisierter Maurer aus Poppot. Dieselben mußten sich allerhand Frechheiten der sozialdemokratischen Hilfsarbeiter gefallen lassen. Am Freitag, den 4. d. Mts., verlangte der Maurer Waltersdorf von dem Kalfahrer Krause Kalk. Dieser antwortete frech, er hätte Kalk genug, wenn er welchen brauchte, soll er sich denselben allein holen. Wiederholtes Auffordern, Kalk zu bringen, beantwortete der betr. Arbeiter mit Schimpfen. Der Maurer sah sich gezwungen, den Kalk aus einem anderen Kasten in den seinigen zu werfen. Als er hierbei mit dem Spaten den bündel bei ihm stehenden Arbeiter Krause streifte, geriet letzterer dadurch in eine berattene Wat, daß der Polizei einschreiten mußte, am Ruhe zu schaffen. Der Polizei mußte sich von Kr. sagen lassen, er solle seine schiefbeweinigen Wege gehen, und ob er ihm nicht 1 Pf. wechseln könnte.“ Das sind Produkte sozialdemokratischer Erziehung. Am Sonnabend, den 5. d. Mts., verlangten wegen dieses Vorfalls alle Arbeiter die Entlassung des p. Waltersdorf. Der Polizei kam dem nicht nach. Daraufhin wurde das Ansuchen wiederholt und als dem am 7. Okt. wieder nicht entsprochen wurde, legten alle Arbeiter die Arbeit nieder. Waltersdorf wurde darauf entlassen. Dieser Fall ist dem Staatsanwalt angezeigt. Zu bemerken ist noch, daß im Laufe des Sommers diese Arbeiter wiederholt mit Arbeitsüberlegung dem Polizei drohten, wenn christlich organisierte Bauhilfsarbeiter dort in Arbeit treten wollten, bis jetzt kommen auch keine dort eingestellt werden. Hier fragt man sich, besteht die Sozialdemokratie in Preußen schon soviel Gewalt, daß selbst am Königl. und kommunalen Bauten, zu welchen alle Staatsbürger mit ihren Steuern beitragen müssen, nur sozialdemokratische Arbeiter beschäftigt werden dürfen? Christlich-nationale Arbeiter aber dürfen vorüberbrochen gemacht werden? Wir haben es herrlich weit gebracht.

Stöckchen, 6. Okt. Unsere heutige Versammlung war wieder, wie in letzter Zeit oft, schlecht besucht; und dieses trotzdem heute der Kassenbericht gegeben wurde. Aus diesem ging hervor, daß zu unserer Zahlstelle 30 Maurer, 11 Zimmerer und 2 Bauhilfsarbeiter gehören. Der Kassenbericht betrug 86,43 Mark. Leider ist in letzter Zeit ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen, welcher vielfach in persönlichen Verhältnissen und Mangel an Opferwilligkeit seine Ursachen hat. Es wird endlich Zeit, daß die Mitglieder, die nie unsere Versammlungen besuchen, sich darüber klar werden, daß sie mit den Rechten, welche doch nur die Organisation ihnen gebracht hat, auch Pflichten übernommen haben. Dieselben sind: „Ein jeder sei ein Agitator“, damit die Indifferenten erkennen, wie charakterlos es ist, Fräulein der gewerkschaftlichen Arbeit anderer mit einzuhelfen, wo sie nie dafür gearbeitet, geschweige denn Opfer gebracht haben. Es meldeten sich im Verlaufe der Versammlung vier Mann freiwillig zur Hausagitation, um so Sorge zu tragen für einen guten Tarifabschluss im nächsten Frühjahr. Dahin rang auch der Vortrag des Koll. Wufmann aus, der in Kürze die Erfolge der christlichen Gewerkschaften beleuchtete und zum besseren Besuche der Versammlungen aufforderte. Hierauf wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Siegen, den 18. Oktober. Die Verwaltungsstelle Siegen hatte auf heute eine Konferenz der angeschlossenen Zahlstellen nach hier einberufen. Neunzehn Zahlstellen waren durch 30 Delegierte vertreten; Neunkirchen, Rostbach und Siegen (Zimmerer), hatten keine Delegierten entsandt, was vom Vorsitzenden gebührend gerügt wurde. Auf der Tagesordnung stand folgendes: 1. Bericht des Vorstandes und der Delegierten, 2. Stellung zu den bevorstehenden Lohnbewegungen, 3. Erledigung von Vorträgen, 4. Ergänzungswahl des Vorstandes. Ueber den ersten Punkt entstand eine lebhafteste Debatte; bezüglich der Ertragsbeiträge wurde gefordert, daß dieselben nicht überall bezahlt worden sind. Andererseits geht aus dem Bericht hervor, daß im Laufe des Sommers Fortschritte gemacht wurden. Sechs neue Zahlstellen wurden gegründet und zwar Hachenburg, Rostbach, Herborn, Freudenberg, Friesenhagen und Worsbach. Ueber unsere Stellung zur Lohnbewegung referierte Bezirksleiter Hage-Frankfurt. Von den einzelnen Delegierten wurden die bei den jetzigen Vorträgen gemachten Erfahrungen vorgebracht. In nächster Zeit sollen im ganzen Bezirk Versammlungen stattfinden, um die Formulierung eines neuen Lohnsatzes zu besprechen. Die Konferenz behandelte einmütig, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine Erhöhung des Lohnes erstrebt werden müsse. Ein von den Delegierten der Zahlstelle Siegen gestellter Antrag forderte, daß vom 1. März des nächsten Jahres ein Lohnzuschlag eingeführt wird, um es zu ermöglichen, für das Siegerland eigens einen Dolmetscher anzustellen. Von der Konferenz wurde der Antrag dahin angenommen, daß die Mitglieder-Versammlungen darüber endgültig beschließen sollen. Dadurch würde es ermöglicht, eine umfangreichere Agitation im engeren Bezirke zu entfalten. Anstelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder wurden als zweiter Vorsitzender Kollege Anselm-Wissen, und als zweiter Schriftführer Koll. Selbach-Niederschelden, gewählt. Nach einem Schlußwort seitens des Kollegen Hiltbrand, in welchem dieser auf die geleistete Arbeit, sowie auf die Aufgaben in der Zukunft hinwies, erledigte die Konferenz mit einem Hoch auf die Organisation ihr Ende. Anschließend fand in Niederschelden eine öffentliche Arbeiterversammlung statt, die von mehreren hundert Personen besucht war, und sich mit den Zuständen auf einem hiesigen Hüttenwerk, wo ebenfalls viele unserer Berufs-kollegen arbeiten, befaßte. Die Versammlung gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung für die christliche Arbeiterbewegung. Zur Erheiterung derselben trugen die Vertreter des Siegerländer Dolmetscherbundes, (gelbe Gewerkschaft) genügend bei. Ob die Herren Werdebach und Genossen nunmehr überzeugt sind, daß die hiesigen Arbeiter für eine solche Interessenerrettung keine Lust verspüren, erscheint nach der Auffassung, welche diese Genossen von der Arbeiterbewegung besitzen, noch fraglich. Zu bedauern sind nur jene Arbeiter, die vielfach aus Unkenntnis diesem zur Dummheit verurteilten Jwitterding noch angehören.

Steinarbeiter.
Buchholz. Am Sonntag, den 6. Oktober, fand hier selbst eine stark besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt und zwar deshalb, weil von verschiedenen Seiten gesagt wurde, wir seien Sozialdemokraten. Kollege Lenhart aus Frankfurt legte den Kollegen den Unterschied zwischen sozialdemokratischer und christlicher Organisation klar. Hatten nun verschiedene Elemente geglaubt, hier einen Streich ausführen zu können, so hatten sich dieselben geteilt. Wir können uns rühmen, durch diese Versammlung es auf 110 bis 118 Kollegen in unserer Zahlstelle gebracht zu haben. In der Diskussion forderte Kollege Joseph Stöckhausen die Kollegen auf, nur so weiter zu arbeiten und festzuhalten an dem Verbände. Wir müssen die indifferenten Steinarbeiter auf uns aufmerksam machen. Nach einem kräftigen Schlußwort wurde die großartig verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die christlichen Steinarbeiter geschlossen.

Soziale Wahlen.
Die Gewergerichtswahl in Hamm ergab als Resultat wiederum den Sieg der Liste der christlichen Arbeiter. Es entfielen an Stimmen auf die Liste der christlich-nationalen Arbeiter 850, auf die des sozialdemokratischen Kartells 283. Vor drei Jahren vereinigte die christliche Liste 1140 Stimmen auf sich, während auf die Liste der freien Gewerkschaften 507 Stimmen fielen.
Stadt i. B. Bei der am 18. Oktober getätigten Gewergerichtswahl wurden 174 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 140, auf die Liste der freien Gewerkschaften 34 Stimmen. Da auf Antrag der christlichen Gewerkschaften die Verhältniswahl eingeführt ist, so bekommen die christlichen 5, die roten 1 Vertreter. Wenn die Kollegen alle ihre Pflicht getan hätten, wäre der Sieg ein vollständiger gewesen.

Baunfälle.
Berlin, 14. Okt. Ein schweres Baununglück, wobei ein Zimmerer den Tod fand, während ein zweiter lebensgefährlich verletzt wurde, hat sich auf einem Neubau in Schöneberg zugetragen. An der Ecke der Haupt- und Wozienstraße wird gegenwärtig ein Wohnhaus errichtet, das bereits bis zum dritten Stockwerk gebieken ist. Nachmittags waren mehrere Zimmerleute damit beschäftigt, sechs Meter lange Balken in die 26 Zentimeter breite Bauwand einzufügen. Jedemfalls infolge der schweren Belastung stürzte die Mauer plötzlich ein und die Balken wurden mitsamt den Zimmerleuten in die Tiefe gerissen. Einer der Berunglückten wurde durch die herabstürzenden Balken förmlich erschlagen; er war auf der Stelle tot. Ein zweiter Zimmermann zog sich bei dem Sturz schwere innere Verletzungen zu, so daß er nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht werden mußte.
Neukirchhausen. Am 15. Oktober ereignete sich im Neubau Weherhoff, am Holzmarkt, ein bedauerlicher Unfall. Der Stukateur Jos. Müller stürzte infolge eines Fehltrittes im Treppenhause etwa acht Meter herunter und erlitt schwere innere Verletzungen. Die Treppen waren aus Rementbeton eingebaut; es fehlten aber die Geländer daran. Was sagt unsere Polizei dazu? Nach dem Unfälle wurden die Schutzvorrichtungen angebracht.
Stuttgart. Am Nachmittag des 15. Oktober stürzte auf dem Platz der ehemaligen Regimentskaserne der innere Teil eines vier-

stöckigen Neubaus zusammen. Bis abends 6 Uhr waren Tote und vier Schwerverletzte geborgen, von welchen noch ein nachträglich seinen Verletzungen erliegen ist. Das Unglück stand dadurch, daß sich ein Pfeiler im vierten Stock löste, wodurch die obere Eisenbetondeckung heruntergebrochen ist und die Decken der übrigen Stockwerke durchschlagen. Die Außenmauern stehen noch. Der Einsturz vollzog sich in wenigen Sekunden und zugleich so gründlich, daß man, nachdem sich die Staubwolken verzogen hatten, nichts mehr sah, eine durch alle vier Stockwerke gehende quadratische Rinde. Sofort herbeigeleitete Feuerwehre konnte nach kurzer Zeit drei italienische Arbeiter aus den Trümmern herausheben, von denen zwei schwer verletzt waren. Nun erst begann das Überaus schmerzhafte Rettungswerk, denn nach der übrigen Verschütteten mußte in sehr langer und sehr tief graben, wobei die Feuerwehre dauernd der Gefahr ausgesetzt war, von den überhängenden Wänden verschüttet zu werden. Unter großen Mühen gelang es, einen weiteren Schwerverletzten ans Tageslicht zu bringen. Dann verging eine lange bange Zeit. Immer wieder drangen die Feuerwehrlente in den dunklen Keller vor, aus dem man anfangs noch schreckliches Stöhnen gehört hatte. Endlich, gegen 1/6 Uhr, fand man wieder einen Italiener. Als man ihn ans Tageslicht brachte, zeigte es sich, daß er schon tot war. Seine erschlagenen Gliedmaßen boten einen schaurigen Anblick. Auf der Unfallstelle erschienen sofort ein Vertreter der Staatsanwaltschaft und der Minister des Innern. Trotz der eintretenden Dunkelheit wurden die Arbeiten fortgesetzt. Gegen 1/7 Uhr fand man ein zweites Toten unter den Trümmern. Seine Bergung gelang noch nicht völlig, da die ihm einzwängenden Massen so gewaltig waren, daß man sie bei Nacht nicht mehr beseitigen konnte. Er wurde von der Berliner Firma Krüger u. Lauer im Auftrag der Rheinischen Kreditbank in Mannheim ausgeführt. Die sieben Arbeiter sind Italiener.

Literarisches.

„**Christlich-soziale Blätter**“, 10. Jahrgang, Nr. 10, Oktober 1907. Inhalt: Die Christlich-soziale Arbeit der Katholiken — Die Soziale Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland (E. V.). — Christlich-sozialer Beobachter. — Nachrichten aus verschiedenen Gruppen. — VII. Generalversammlung der Schleifschuppe der freien Christlich-sozialen Konferenz. — Monatsbericht des Generalsekretariats. — An die Freunde und Mitglieder der Evangelischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften Nord- und Ost-Deutschland. — Mitteilungen. — Wäckerlechau. Anzeigen.
Katalog von 336 sozialen Schriften, systematisch geordnete alle Gebiete der sozialen Arbeit betreffend (50 Seiten), ist gegen Einbindung von nur 10 Pf. von der Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland, Berlin N. 31, Verköhnungsstr. 1, zu beziehen. Desgleichen das **Taschenbuch für Evangelische Arbeiter** 1908 gegen Einbindung von 80 Pf. g.
Zum Christlich-nationalen Arbeiterkongress am 21. Oktober dieses Jahres hat die unterzeichnete Geschäftsstelle ein Flugblatt mit Worten hervorragender evangelischer Männer und Frauen herausgegeben. Zur Beilage für Zeitungen und Zeitschriften wird dasselbe zum Selbstkostenpreise abgegeben; einzelne Exemplare werden sofort bei Erscheinen gegen Zusendung von 10 Pf. befreit. Man wende sich an die Soziale Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland, Berlin N. 31, Verköhnungsstr. 1.

Briefkasten.

Beet. U. Das Papier war auf beiden Seiten beschrieben. Infolgedessen konnte der Bericht nicht aufgenommen werden.

Bekanntmachungen.

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 37 775 lautend auf Heinrich Gütgens von der Zahlstelle **Twistringen**; die Buch-Nr. 128 108 von der Verwaltungsstelle **Nürnberg**; die Buch-Nr. 120 988 lautend auf Paul Fall von der Zahlstelle **Brehle i. W.**; die Buch-Nr. 19 775 lautend auf Peter Schäfer von der Zahlstelle **Höln-Nippes**; die Buch-Nr. 47 899 lautend auf Ad. Thamm von der Verwaltungsstelle **Trier**.

Achtung!
Erste Württembergische Gewerkschafts-Konferenz.
Der mehrfach geäußerte Wunsch, in Württemberg eine allgemeine christliche Gewerkschafts-Konferenz abzuhalten, hat sowohl im Lande selbst, wie auch beim Vorstand des Gesamtverbandes Zustimmung gefunden. Die

Konferenz findet daher am Sonntag, den 8. Dezember, in Stuttgart statt. Beginn vormittags 10 Uhr. Das Lokal wird noch bekanntgegeben. Jede Zahlstelle kann einen Delegierten entsenden. Kleinere können sich vereinigen zur gemeinsamen Vertretung. Die Kosten tragen die Lokalkassen.

Tagesordnung:
1. Stand und weitere Ausdehnung unserer Bewegung.
2. Die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben.
3. Etwasige Stellungnahme zu sozialpolitischen Maßnahmen in Württemberg.
Anträge und Vorschläge, sowie Anmeldungen von Delegierten sind spätestens bis zum 15. November an den Unterzeichneten zu richten.
J. A.: Franz Kob. Röblach, Stuttgart, Urbanstr. 95.

Storbekannt.
Am 6. Oktober starb unser Mitglied **Franz Mittel** im Alter von 21 Jahren an Lungentzündung. Zahlstelle **Olzberg**.
Am 6. Oktober starb unser Mitglied **Jos. Conrad** an Herzlähmung. Zahlstelle **Oberforstbach**.
Am 11. Oktober starb unser Mitglied **Jos. Kostmayer** im Alter von 39 Jahren an Magenkrebs. Ehre ihrem Andenken!

Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik
Ramberg (Pfalz).
Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Sorten Bürstenwaren für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingehenden Mustern prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.